

Betrifft: Abbau von technischen und bürokratischen  
Hürden für ältere Menschen



GRAZ

Gemeinderatsklub  
A-8010 Graz-Rathaus  
Telefon: (0316) 872-2120  
Fax: (0316) 872-2129  
email: spoe.klub@graz.at

## Dringlicher Antrag

an den Gemeinderat

eingebraucht von Frau Gemeinderätin Waltraud Haas-Wippel  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 25. April 2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Der Anteil alter Menschen in der Bevölkerung wächst kontinuierlich und damit auch die Nachfrage nach einer alter(n)sgerechter Umwelt. Vor diesem gesellschaftlichen Wandel und auf Grund dieser demografischen Entwicklungen sind alle aufgefordert, sich auf diese Herausforderung vorzubereiten und dieser entsprechend zu begegnen, bzw. Rechnung zu tragen.

Der Begriff **Altersdiskriminierung** bezeichnet eine soziale und ökonomische Benachteiligung von Einzelpersonen oder von Personengruppen aufgrund ihres Lebensalters. Den Betroffenen wird es im Falle einer Diskriminierung erschwert, in angemessener Weise am Arbeitsleben und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Diskriminierungsgründe - im Sinne von Benachteiligung bei der Zuteilung von Chancen in verschiedensten Lebensbereichen - gibt es auch auf struktureller Ebene durch technische und bürokratische Hürden.

Ein solches Beispiel lieferte heuer das **Finanzamt**:

Die ArbeitnehmerInnenveranlagung des Finanzamtes wird besonders für Seniorinnen und Senioren Jahr für Jahr komplizierter, denn durch die Umstellung auf die elektronische Datenverarbeitung wird es vor allem älteren BürgerInnen fast unmöglich gemacht, bzw. sehr stark erschwert, den Jahresausgleich zu machen, da die Formulare in Papierform nun nicht mehr zugesendet werden. So kann für das Jahr 2012 das Formular nur mehr beim Finanzamt **persönlich abgeholt werden oder man muss einen Finanz-Online-Account haben**. Es kann jedoch nicht angenommen werden, dass jeder Senior/ jede Seniorin über einen PC und Internetzugang verfügt, bzw. gut genug auskennt, um es zu schaffen, auf elektronischen Weg das Steuerausgleichsformular auszufüllen.

Weiters haben Seniorinnen und Senioren, die auf Grund mehrerer Pensionen/Einkünfte eine Einkommenssteuervorauszahlung leisten müssen, erstmals in diesem Jahr lediglich eine Benachrichtigung erhalten, aus der Jahresbetrag und Fälligkeitsdatum hervorgehen, ein bisher mitgeschickter Zahlschein fehlte diesmal – stattdessen steht unter „**Hinweis zur Zahlung**“, **dass entweder die elektronische Zahlung über FinanzOnline oder über Telebankingsystem das Service „Finanzamtszahlung**“ gewählt werden kann.

Bei einem Zahlungsverzug – die meisten älteren Menschen lesen das Kleingedruckte nicht und warten auf den Zahlschein, der nun nicht mehr zugesendet wird – werden Verzugszinsen verrechnet.

Durch diese Vorgehensweise zwingt das Finanzamt/Finanzministerium ältere Menschen zum System FinanzOnline, bzw. benachteiligt sie, denn das System FinanzOnline ist durchaus auch für jüngere SeniorInnen eine Herausforderung.

Auch in Banken finden ältere Menschen oft Voraussetzungen vor, denen sie nur schwer entsprechen können. Wie alle anderen KundInnen auch, müssen Seniorinnen und Senioren auf Zahlscheinen den BIC bzw. IBAN – also eine mehrstellige Zahlenkombination in viele Kästchen – eintragen. Für **Hilfestellungen** durch die Schalterangestellten werden **extra Kosten** verrechnet.

Man zwingt dadurch BankkundInnen ausschließlich die Automaten zu verwenden – für ältere Menschen stellt dies aber eine oft unüberwindbare Hürde dar!

Angesichts der demografischen Entwicklung zu immer mehr hochaltrigen Menschen stellen derartige Vorgehensweisen eine bedenkliche Altersdiskriminierung dar, die es aufzuzeigen gilt und der entsprechend zu entgegenen ist, denn diese infrastrukturellen Ausgrenzungen behindern ältere Menschen zusätzlich.

Es müssen daher Voraussetzungen in allen Lebensumwelten geschaffen werden, damit ältere Menschen am öffentlichen Leben barrierefrei teilnehmen können und nicht durch technische oder bürokratische Hürden daran gehindert werden!

**Ich stelle daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden**

**dringlichen Antrag:**

**Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht im Petitionswege die zuständigen Ministerien des Bundes, entsprechend dem Motivenbericht Maßnahmen zu setzen, um die technischen und bürokratischen Hürden abzubauen und generell auf eine alternsgerechte Umwelt im Sinne der Bedürfnisse der älteren Menschen zu achten.**

**Weiters wird die Antidiskriminierungsstelle des Landes Steiermark ersucht, die im Motivenbericht aufgezeigten diskriminierenden Sachverhalte aufzuzeigen und bei den zuständigen Stellen zu intervenieren und einer Lösung zuzuführen.**